

Zur Ukraine-Krise: Wie man sie sehen sollte, wenn man den Frieden will

Thesen und Resolutionsvorschlag von Wolfgang Gedeon (12. 9. 2014)

1. Der 1991 gegründete Staat Ukraine basierte nicht auf einer selbständigen nationalen und kulturellen Tradition, sondern war ein Kunstprodukt der sowjetischen Administration. Er setzte sich zusammen aus einer westlich orientierten Westukraine, einer russisch orientierten Ostukraine und der russischen Halbinsel Krim. Mit der November 2013 begonnenen Maidan-Revolution wurde diese rein politische und deshalb sehr labile Staatskonstruktion zerstört. Auf dem Maidan fand kein Aufstand der ukrainischen Bevölkerung gegen ein korruptes politisches System statt, wie es westliche Medien darstellten. Vielmehr handelte es sich um einen separatistischen Putsch, mit dem die Westukraine gegen die prorussische Ostukraine den Anschluss an die EU erzwingen wollte. Das Ende des ukrainischen Staates in seiner bisherigen Form war damit vorgezeichnet.

2. Der Sieg der westukrainischen Maidan-Rebellen wäre ohne US-amerikanische Unterstützung nicht möglich gewesen: 5 Milliarden \$ haben die USA in das Ukraine-Projekt investiert - so Victoria Nuland, amerikanische Kongressabgeordnete und Staatssekretärin im State Department. Sie selbst war, zusammen mit dem amerikanischen Senator und Ex-Präsidentschaftskandidaten McCain während der gesamten Revolution in Kiew und versuchte, von der amerikanischen Botschaft aus das Geschehen zu lenken. Viele weitere US-amerikanische Größen gaben sich in dieser Zeit die Türklinke in die Hand: zum Beispiel John Bennis, Chef der CIA - was macht die CIA in Kiew? Dann natürlich John Kerry, der amerikanische Außenminister; Joe Biden, amerikanischer Vizepräsident usw. usf.

3. Im Februar 2014 eskalierte die Auseinandersetzung auf dem Maidan. Es gab Schüsse und über 80 Tote: Demonstranten und Polizisten! Die westliche Propaganda machte sofort Janukowitsch verantwortlich und erreichte damit, dass die im Westen zunächst eher zurückhaltende Stimmung umschlug und der illegale Kiewer Staatsstreich vom 22. Februar gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch als legaler oder zumindest moralisch legitimer Machtwechsel verkauft werden konnte.

4. In verschiedenen Videoclips und durch Aussagen von Ärzten, die die Schussverletzungen der Betroffenen analysierten (siehe z.B. Recherchen des ARD-Magazins *Monitor*) wurde schon kurze Zeit danach bekannt, dass die tödlichen Schüsse mutmaßlich nicht von der Janukowitsch-Polizei, sondern von rechtsradikalen Maidan-Rebellen abgegeben wurden, um ein Eingreifen des Westens zu provozieren. Dabei fällt auf, dass die ansonsten so investigativen West-Medien keinerlei Anstrengungen unternahmen, das Thema zu Ende zu recherchieren.

5. Noch am 21. Februar 2014 waren die Außenminister von Deutschland, Polen und Frankreich nach Kiew gereist und hatten mit Janukowitsch eine Vereinbarung getroffen, der gemäß dieser noch einige Monate im Präsidentenamt hätte bleiben und eine verfassungskonforme Neuwahl des Präsidenten durchführen können - wahrscheinlich die letzte Chance, in der Ukraine den Bürgerkrieg zu verhindern! Die Maidan-Rebellen haben sich aber – ohne amerikanische Rückendeckung kaum vorstellbar - nicht an die Vereinbarung der drei Außenminister gehalten, und der

Kommentar von Frau Nuland zur diplomatischen Initiative der EU insgesamt wurde weltbekannt: „Fuck the EU!“

6. Der darauf folgende Anschluss der Krim an die russische Föderation entsprach zwar nicht der ukrainischen Verfassung, denn die entsprechende Volksabstimmung wurde nicht im Einvernehmen mit der Kiewer Regierung durchgeführt. Der erste Rechtsbruch fand aber durch den Putsch in Kiew statt, und eine durch Rechtsbruch an die Macht gelangte Regierung kann nicht beanspruchen, dass die Verfassung, die sie selbst gerade beim Regierungswechsel gebrochen hat, bei der Volksabstimmung auf der Krim dann von ihren Gegnern eingehalten wird. Darüber hinaus besteht kein Zweifel an der Authentizität des Volksabstimmungsergebnisses: Die ganz überwiegende Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung befürwortet den Anschluss an die russische Föderation -- im Gegensatz zum Beispiel zu der 2008 vom Westen betriebenen Abspaltung des Kosovo von Serbien, wo eine große Mehrheit des nördlichen Kosovo gegen diese Sezession war und ist!

7. Das durch den Staatsstreich in Kiew undemokratisch an die Macht gelangte proamerikanische Regime wurde von der ostukrainischen Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit prorussisch ausgerichtet ist, nicht akzeptiert und zu Recht als Provokation empfunden. Gegen die aufkommenden Massendemonstrationen ging die illegale Kiewer Regierung mit unglaublicher Brutalität vor und steigerte diese unter Poroschenko zu einem systematischen blutigen Bürgerkrieg gegen die ostukrainische Zivilbevölkerung.

8. Poroschenko war im Mai 2014 zum ukrainischer Präsidenten gewählt worden. Die ostukrainische Bevölkerung war freilich wegen des anhaltenden Bürgerkriegs von dieser Wahl weitgehend ausgeschlossen. Eine demokratische Legitimierung als Präsident der gesamten Ukraine kann deshalb auch Poroschenko nicht für sich beanspruchen.

9. In Kiew nennt man das Vorgehen gegen die Ostukraine einen „Kampf gegen den Terror“. Man will mit diesem Begriff davon ablenken, dass hier mit Militärflugzeugen und schwerer Artillerie gegen die eigene Zivilbevölkerung vorgegangen wird – ein Vorgehen, das inzwischen völkerrechtlich, weil es einen Verstoß gegen die sog. *responsibility to protect* darstellt, als Kriegsverbrechen geächtet wird. Als Gaddafi entsprechend handelte, wurde der UN-Sicherheitsrat aktiv und beschloss eine Intervention gegen Libyen, durch die die Luftwaffe Gaddafis zerstört werden sollte. Im Falle des Kiewer Vorgehens fanden nicht nur keine UN-Sanktionen statt: Der Westen selbst muss hier als treibende Kraft gesehen werden, und die zeitliche Koinzidenz des Besuchs von J. Biden, dem amerikanischen Vizepräsidenten, in Kiew mit dem Beginn des blutigen Vorgehens in der Ostukraine legt nahe, dass dieses mit den Amerikanern abgestimmt und von diesen abgesegnet, wenn nicht initiiert war.

10. Inzwischen wurden über 3000 Menschen in der Ostukraine getötet, darunter mindestens 1000 Zivilisten. Tausende Wohnungen wurden zerstört, Krankenhäuser bombardiert und Chemiefabriken mit entsprechenden ökologischen Folgen beschossen. Im Gegensatz zum Irak und auch zu Gaza werden die militärischen Gräueltaten der Kiewer Truppen und das dadurch verursachte Elend der ostukrainischen Zivilbevölkerung (zum Beispiel Zusammenbruch der Strom- und Wasserversorgung) weitgehend ausgeblendet. Man tut so, als wäre es ein Krieg gegen brutale terroristische Kombattanten, die die dortige Bevölkerung gar nicht

repräsentieren würden. Tatsache freilich ist, dass die 800.000 Menschen, die inzwischen vor diesem Krieg geflohen sind, dies nicht in Richtung Westen nach Kiew, sondern in Richtung Osten nach Russland getan haben. Klarer können sie ihre Entscheidung, für wen sie sind, wohl nicht ausdrücken!

Die Politik der USA in der Ukraine-Krise

11. Die USA versuchten von Anfang an, diesen Konflikt zu nutzen und einschneidende wirtschaftliche Sanktionen der europäischen Staaten gegen Russland durchzusetzen. Zunächst scheiterte dies daran, dass die Mehrheit der europäischen Bevölkerung – in Deutschland ca. 70 % – gegen solche Sanktionen eingestellt war. Dies änderte sich erst, als das malaysische Verkehrsflugzeug MH 17, offensichtlich von Raketen getroffen, über der Ostukraine abgestürzt war. 298 Menschen kamen ums Leben, 198 davon Holländer, des weiteren Australier, Belgier und andere. Obwohl noch keinerlei Beweise vorlagen, wurden von den USA und ihrem Anhang umgehend die Separatisten und auch Russland für diesen Abschuss verantwortlich gemacht. Mit einer entsprechenden medialen Aufbereitung der Katastrophe - man hatte den Eindruck, die westlichen Medien hätten auf dieses Ereignis förmlich gewartet - erreichte man, dass bezüglich der Sanktionen die Stimmung in der westlichen Bevölkerung umschlug und jetzt eine Mehrheit solche Maßnahmen befürwortete.

12. Ihre diesbezüglichen Vorwürfe gegen die Separatisten und Putin begründete die amerikanische Regierung ausschließlich mit Informationen aus sozialen Medien (youtube etc.). Dies musste die Sprecherin des amerikanischen Außenministeriums Marie Harf bei einer Pressekonferenz auf drängendes Befragen des Associated Press-Journalisten Matt Lee öffentlich einräumen [Kopp *Online* 23.7.14]. So berief man sich auf ein Videoclip, auf dem Separatisten den Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeuges bejubeln. Durch entsprechende sprachanalytische Untersuchungen wurde jedoch nachgewiesen, dass es sich um einen Zusammenschnitt verschiedener Gespräche handelte, die einige Tage *vor dem Abschuss* des malaysischen Verkehrsflugzeuges stattgefunden hatten und den Abschuss eines *ukrainischen Militärflugzeuges* betrafen!

13. Noch plumper war die Fälschung des zweiten Beweises, den die amerikanische Regierung als Grundlage ihrer Entscheidung präsentierte. Ein youtube-Video zeigt Separatisten mit einer mobilen Buk-Abschussrampe, auf der eine Rakete fehlte. Nicht nur, dass die Straße, wo der Film gedreht wurde, identifiziert werden konnte: Sie fand sich in einem Ort, der in einer ausschließlich vom Kiewer Militär beherrschten Region lag. Darüber hinaus hatte man bei youtube das Video schon am 16. Juli 2014 eingespeist, also *einen Tag vor dem Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine!*

14. Der Abschuss der MH 17 hat die Stimmung der westlichen Bevölkerung zur Ukraine-Krise wesentlich beeinflusst. Erst sieben Wochen nach der Katastrophe erscheint ein erster Bericht einer damit befassten niederländischen Untersuchungskommission. Demnach sei das Flugzeug abgeschossen worden. Es sei bislang aber nicht geklärt, von wem und womit. Sowohl eine Boden-Luft-Rakete als auch eine Luft-Luft-Rakete käme in Frage. Für die meisten westlichen Medien ist die Sache freilich klar: Es kann nur eine Boden-Luft-Rakete der Separatisten gewesen sein! So präsentiert das *heute-journal* eine Computer-Simulation (!), auf der

die MH 17 mit einer Buk-Rakete abgeschossen wird, und die *Tagesthemen* entblöden sich nicht, noch einmal das gefälschte youtube-Video mit der fehlenden Buk-Rakete zu zeigen. Mehrere amerikanische Geheimdienstveteranen jedoch, zum Beispiel der ehemalige technische NSA-Direktor W. Binney, zweifeln an der Stichhaltigkeit der offiziellen Version und glauben, die MH 17 sei nicht von einer Boden-Luft-Rakete, sondern von einer Luft-Luft-Rakete abgeschossen worden. Auch andere Experten, zum Beispiel Fachleute der Lufthansa, halten angesichts der Form der Durchlöcherung des Flugzeugrumpfes einen Abschuss durch Bordwaffen eines Jagdbombers für denkbar: „Dafür sprechen die Durchschüsse an beiden Seiten des Rumpfes, die für eine Boden-Luft-Rakete nicht typisch sind.“ [*Südkurier* vom 3.9.14]. Schließlich schreibt Robert Parry, Reporter der Nachrichtenagentur *Associated Press*, in einer Veröffentlichung bei *Global Research*, sich auf US-Geheimdienstquellen berufend: eine Schuld Russlands und der ostukrainischer Rebellen sei unwahrscheinlich und die ukrainische Regierung für den Abschuss der MH 17 verantwortlich [siehe hierzu *Compact* Ausgabe 9 / 2014 und die Internet-Seite des Kopp-Verlags vom 28.8.2014].

15. Nachzutragen bleibt, dass die Russen sofort nach der Katastrophe Radaraufnahmen veröffentlichten, auf denen ein ukrainischer Abfangjäger vom Typ Suchoi-25 am Abschusstag (17. Juli) in unmittelbarer Nähe der Unglücksmaschine zu sehen ist. Die Entfernung zwischen MH 17 und ukrainischem Kampfjet betrug zwischen 3 und 5 km! Solcherart Kampfjets sind üblicherweise mit Luft-Luft-Raketen bewaffnet, die auf diese Entfernung ihr Ziel hundertprozentig zerstören können. Westliche Medien halten dagegen, die (der Kiewer Regierung unterstehende !) Luftraum-Kontrolle in Dnipropetrowsk hätte keine solche ukrainische Militärmaschine gesichtet. Haben nun die Russen die Suchoi 25 hinzu-gefälscht oder das Kiewer Regime sie weg-gefälscht? Die amerikanischen Geheimdienste und ihre Hilfssheriffs in Kiew haben noch Einiges zu tun, um die ganze Affäre endlich mediengerecht im westlichen Sinn „aufzubereiten“!

16. Angesichts der komplizierten Faktenlage taugte der Abschuss der MH 17 dem Westen vorerst nicht mehr für eine propagandistische Verschärfung der Krise. So ging man daran, eine neue Sau durchs Dorf zu jagen. SPIEGEL, FOCUS und andere Medien berichten, sich auf BBC-Quellen berufend: Separatistenführer hätten erstmals russische Waffenlieferungen bestätigt. Der schnelle Rückzieher der BBC, man habe die Worte des Separatisten falsch übersetzt, wird freilich unterschlagen! Dann hört man, *zehn* russische Fallschirmjäger seien auf ukrainischem Gebiet abgesprungen und festgenommen worden und Satellitenbilder würden eine russische "Invasion" belegen. Die festgenommenen Fallschirmjäger hatten aber ihren russischen Ausweis bei sich, was nicht gerade für eine Invasion spricht, und solcherart versehentliche Grenzübertritte passieren in dem weitgehend unmarkierten Grenzbereich auch immer wieder der ukrainischen Gegenseite. So wurden die 10 Russen beispielsweise gegen 63 solcherart gestrandete ukrainische Soldaten ausgetauscht!

17. Natürlich darf man davon ausgehen, dass Russland die ostukrainischen Separatisten unterstützt, was moralisch und politisch gerechtfertigt werden kann. Denn das Kiewer Regime hat sich durch seinen brutalen Einsatz gegen die Zivilbevölkerung in hohem Maße schuldig gemacht hat, und die Amerikaner haben früher und intensiver auf westukrainischer Seite ins Geschehen eingegriffen als die Russen im Osten: mit Geld und Waffen und nicht zuletzt auch eigenen Streitkräften.

So wurde z. B. auf n-tv und anderen deutschen Medien über den Einsatz der amerikanischen Söldnertruppe *Blackwater* alias *Academi* im ukrainischen Bürgerkrieg berichtet, und am 7.9. 2014 verkündete ein Kiewer Regierungssprecher ausdrücklich, die Ukraine bekäme Waffenlieferungen von NATO-Staaten, von USA, Frankreich, Norwegen u.a. Die betreffenden Staaten dementierten schnell, aber wenig glaubwürdig, und in den Massenmedien (*Tagesschau* etc.) hörte man nichts von diesem peinlichen NATO-Outing! Frau Merkel gab immerhin zu, bereits fleißig in die Kiewer Bürgerkriegstruppe investiert zu haben, wobei allerdings nur Schutzjacken, Kleidung etc. geliefert worden seien und nichts, „womit man töten kann“. -- Es besteht kein Zweifel: Die russische Unterstützung der Separatisten ist eine Re-Aktion auf massive US-westliche Interventionen und Hilfsmaßnahmen zugunsten der Kiewer Putschisten - und nicht umgekehrt!

18. Letztlich geht es in dieser Auseinandersetzung um moralische Legitimität. "Territoriale Integrität", "Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung", „Verletzung humanitärer Prinzipien": Der Westen, der jetzt in der Ukraine das Prinzip der territorialen Integrität hoch hält, hat dieses locker vom Tisch geräumt, als er 2008 die Abspaltung des Kosovo von Serbien betrieb. Welches Prinzip aber ist jeweils höherwertig? Die Antwort ist einfach: immer das, das den geopolitischen Interessen der USA dient! Durch die Abspaltung des Kosovo wurde Serbien und damit indirekt auch Russland geschwächt. Deshalb setzte man hier auf "humanitäre" Argumente, aber nur im Hinblick auf Milosevic. Die albanische UCK, die sich mindestens genauso großer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatte, wurde außen vor gehalten, und die territoriale Integrität Serbiens, zu dem das Kosovo gehörte, interessierte im Westen niemanden.

19. Auf der Krim agiert der Westen jetzt umgekehrt: Mit großem Pathos wird die territoriale Integrität der Ukraine beschworen, vom Selbstbestimmungsrecht der ostukrainischen Bevölkerung oder gar von menschenrechtsverletzenden Luftangriffen und Panzerattacken gegen die Zivilbevölkerung will man nichts hören. Letztlich sind es immer amerikanische Machtinteressen, die entscheiden, was gut und was böse ist. Mal kommen sie eher völkerrechtlich-formal („territoriale Integrität“), mal eher humanitär verbrämt daher. Obama hat dafür einen eigenen Staatssekretär eingestellt, zuständig für einen „Krieg der Worte“!

Geopolitische Aspekte

20. 1989 war ein globales Wendejahr. Das politische System der Sowjetunion brach zusammen, und die US-Amerikaner hatten jetzt keinen gleichwertigen globalen Kontrahenten mehr. 2013 betrug beispielsweise der Verteidigungsetat der USA 600 Milliarden \$, der der beiden nächsten Konkurrenten China und Russland dagegen nur 188 bzw. 88 Milliarden \$ [Deutschland zum Vergleich 49 Mrd. \$].

21. Die globale Alleinherrschaft der USA ist der Welt nicht gut bekommen. Am deutlichsten zeigt uns dies der Nahe Osten: Zerstörung, Chaos und Terror, wofür die USA mit ihren militärischen Interventionen die Hauptverantwortung tragen!. Die Kriege im Irak und in Afghanistan haben die USA aber wirtschaftlich, politisch und partiell auch schon militärisch geschwächt. Gleichzeitig sind ihre Rivalen erstarkt: Deutschland, Russland und vor allem China. Die NATO, 1949 als Schutzbündnis gegen den sowjetkommunistischen Staatenblock gegründet, hat mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums ihre Daseinsberechtigung verloren. Statt sie

nun aufzulösen und in Europa beispielsweise ein selbstständiges Verteidigungsbündnis sich etablieren zu lassen, versuchen die Amerikaner, die NATO, von ihrer Gründungsakte her ausschließlich als Verteidigungspakt gedacht, für die Durchsetzung ihrer globalen Weltmachtinteressen („Osterweiterung“) zu missbrauchen, weil sie diese allein, ohne NATO-Partner, nicht mehr verfolgen könnten.

22. Es heißt, durch die Ukraine-Krise würde die NATO wieder Sinn und Bedeutung bekommen. Wenn man es globalpolitisch sieht, ist es umgekehrt: Die Amerikaner haben den Ukraine-Konflikt entfacht und zum weltpolitischen Ereignis gemacht, um Europa in ein antirussisches Bündnis zu zwingen und der NATO wieder den eindeutig amerikanischen Sinn zu geben! Denn geopolitisch geht es den USA darum, keine engere Kooperation oder gar Bündnisse zwischen ihren wichtigen Rivalen aufkommen zu lassen. Wenn sich China, Russland, Japan und Deutschland untereinander möglichst schlecht vertragen, ist das gut für die USA. Sie können den generösen Mittler spielen und dabei maximal wirtschaftlich profitieren. Problematisch dagegen wird es für sie, wenn sich Beziehungen zwischen Rivalen intensivieren, wie dies in den letzten Jahr vor allem zwischen Deutschland / Europa und Russland geschehen ist. Die Ukraine-Krise war für die Amerikaner die große Chance, das europäisch-russische Zusammenwachsen nachhaltig zu stören und Deutschland / Europa und Russland in einen Wirtschaftskrieg, wenn nicht in eine militärische Auseinandersetzung hinein zu treiben.

23. Entscheidende Hilfe bekommen die USA in Europa von den Balten und Polen, und jetzt, die US-amerikanische Speerspitze in Europa, durch das Kiewer Regime! Diese Staaten versuchen im amerikanischen Sinn, den Konflikt mit Russland kriegstreiberisch aufzuheizen und so das osterweiterte Europa in eine tödliche Auseinandersetzung hinein zu manövrieren.

24. Dabei berufen sich Balten und Polen lautstark auf die Bündnisfreiheit eines jeden Staates und wollen diese auch für die Ukraine im Sinne eines NATO-Anschlusses durchsetzen. Was aber wäre zum Beispiel, wenn jetzt Kuba (Putin hat dem Land erst vor kurzem seine Auslandsschulden erlassen) wieder ein Bündnis mit Russland eingehen wollte und dann nicht nur amerikanische Flugzeuge an der baltisch-russischen Grenze herumflögen, sondern auch russische an der kubanisch-amerikanischen? Bündnisfreiheit nur für die Ukraine, oder auch für Kuba?? Im Übrigen bedeutet Bündnisfreiheit ja auch, dass die, die schon im Bündnis sind, die Freiheit haben, sich kriegstreiberische Hetzer, wie sie in Warschau und im Baltikum in der Regierung sitzen, vom Hals zu halten! Dies geschieht derzeit freilich nicht, denn die EU mit ihren zum Teil trostlosen Führungsgestalten lässt sich von den USA und deren aggressivem Anhang am Nasenring durch die politische Manege führen. So wird aus Europa Euramerika und die Kriegsgefahr immer bedrohlicher!

Zur Strategie und Taktik der USA

[Dieser Abschnitt (25 bis 34) betrifft taktische Details und kann überlesen werden.]

25. Die USA nutzen die Globalisierung in ihrem Sinn und versuchen, der übrigen Welt in messianischer Aufdringlichkeit das eigene (amerikanische) Zivilisationsmodell überzustülpen, Dabei schrecken sie vor militärischen Mitteln nicht zurück und gehen taktisch zumeist folgendermaßen vor:

- Sie dämonisieren den politischen Gegner.

- Sie intervenieren aggressiv und werfen dem darauf reagierenden Gegner die Intervention vor (*Haltet den Dieb*-Prinzip).
- Sie inszenieren - zum Teil verbrecherisch - bestimmte Ereignisse (Grundmodell hierfür die Inszenierung der Lusitania-Katastrophe von 1915).

26. Zunächst also die Dämonisierung des politischen Gegners: im Serbien-Krieg (1998 / 9) Milosevic; dann kam Saddam Hussein als „Satan“ dran, danach Gaddafi in Libyen und schließlich Assad in Syrien. Jetzt wird Putin zum großen Bösewicht hochstilisiert, und wer gegen solche Bösewichte kämpft, wird natürlich automatisch, dies sei in aller Bescheidenheit vorausgesetzt, zum Guten. Im Kampf gegen das Böse heiligt dann der Zweck die Mittel. Da darf man sogar Atombomben abwerfen (Hiroshima), denn was die Guten tun, kann gar nicht anders als gut sein.

27. Putin wird also als brutaler Autokrat dargestellt, der in einem korrupten System regiert und auch noch die Schwulen verfolgt. Aber ist die amerikanische Demokratie wirklich „lupenreiner“ als die russische? Bestimmen dort nicht Wall Street-Banken ganz wesentlich die Politik? Korruption, wie sie in Russland und vielen anderen Staaten verbreitet ist, gibt es im Westen *in dieser Form* zwar wenig. Dafür werden hier die Funktionsträger der politischen Klasse mit derartig üppigen Finanzmitteln ausgestattet (siehe zum Beispiel die Gehälter in Brüssel), dass sich eine konventionelle Korruption erübrigt. Im Westen ist die konventionelle Form der Korruption in eine institutionalisierte umgewandelt worden. Im Übrigen wird Homosexualität in Russland nicht strafrechtlich verfolgt. Nur *öffentliche Propaganda* dafür ist strafbar. Auch gibt es in Russland keine Todesstrafe, kein Waterboarding, kein Guantanamo, und die Bevölkerung wird hier nicht flächendeckend wie im Westen durch NSA und CIA überwacht. Last but not least: Putin hat nicht 4000 unschuldige Menschen („Kollateralschäden“) mit Drohnen umgebracht, und für die 150.000 Toten des Irak-Kriegs ist er auch nicht verantwortlich! Die USA sitzen im Glashaus und werfen mit Steinen, und Obama sieht den Splitter im Auge Putins, den Balken im eigenen aber nicht.

28. Das zweite taktische Moment US-amerikanischen Vorgehens ist ein aggressiver Interventionismus, den man nach der Methode *Haltet den Dieb* rotzfroh der Gegenseite vorwirft. Das eigene Verhalten dagegen versucht man als vorsichtig abgewogene, ja geduldig zurückhaltende Re-aktion zu verkaufen. So stürzt man den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine Janukowitsch per Rechtsbruch und putscht ein aggressiv proamerikanisches Regime an die Macht. Die eigene interventionistische Rolle versucht man so viel wie möglich zu verschleiern. Das erinnert an Chile 1973: „Zufällig“ ist Henry Kissinger, Leiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA und dann US-Außenminister, gerade in Santiago de Chile, als dort der Putsch gegen Allende stattfindet und der Diktator Pinochet an die Macht gehievt wird. So sind Frau Nuland, Herr McCain, Herr Biden und Co. sicherlich auch nur zufällig in Kiew, als gegen Janukowitsch geputscht wird und der blutige Bürgerkrieg im Osten des Landes beginnt. Wahrscheinlich haben die alle in Kiew nur Urlaub gemacht!

29. Als Putin auf die amerikanische Intervention in Kiew reagiert und eine Volksabstimmung auf der Krim initiiert, die zum Anschluss der Halbinsel an Russland führt, wirft man ihm mit großem Geschrei Rechtsbruch vor. Diesem russischen Rechtsbruch auf der Krim ging aber der amerikanische in Kiew voraus, und ersterer

kann als politisch legitime, ja notwendige Konsequenz von letzterem gesehen werden!

30. Das Kiewer Regime wird dann von den Amerikanern (Biden in Kiew) ermutigt, mit Luftangriffen und Panzerattacken und nicht zuletzt amerikanischen Söldnern (Blackwater) gegen die Bevölkerung im Osten des Landes vorzugehen. Wenn Putin darauf reagiert und seinerseits die ostukrainischen Milizen unterstützt, wirft man ihm lauthals Aggression, Expansion und Intervention vor -- auch hier ein grandioses Täuschungsmanöver im Hinblick auf Ursache und Folge!

31. Man mag einwenden, das Eingreifen der Amerikaner in Kiew sei nicht bewiesen. Es ist nicht mehr und nicht weniger bewiesen als das Eingreifen Russlands in der Ostukraine! Unabhängig von schwer nachweisbaren Details, die es wohl gibt (für Blackwater im Westen, für russische Freiwillige im Osten) wird aus der politischen Gesamtanalyse ausreichend deutlich, dass die Amerikaner das Kiewer Regime und die Russen die bewaffneten Formationen der Ostukraine unterstützen. Dabei dürfte die Unterstützung der Amerikaner quantitativ umfangreicher und der amerikanische Einfluss in Kiew insgesamt deutlich größer sein, als der russische in der Ostukraine. Entscheidend aber ist, dass die amerikanische Intervention, d.h. die Initiierung des Bürgerkriegs, der russischen Intervention, das heißt der Unterstützung der Separatisten, zeitlich vorausging - worauf es bei der moralischen Beurteilung der Situation ankommt. Schließlich sollte man sich immer wieder vergegenwärtigen: Der Ukraine-Konflikt ist nicht durch eine Westerweiterung Russlands, sondern durch eine „Osterweiterung“ von NATO und EU ausgelöst worden! In westlicher Propaganda wird das zwar als „Ausbreitung von Demokratie und Wohlstand“ hingestellt, politisch aber handelt es sich um eine imperiale Expansion der USA gegen den geopolitischen Rivalen Russland.

32. Nach moralischer Diabolisierung des Gegners und invertierender *Haltet den Dieb*-Propaganda ist das dritte Moment amerikanischer Kriegstaktik die Inszenierung bestimmter Ereignisse, die immer dann eintreten, wenn sich das amerikanische Vorgehen nicht im nötigen Maße der eigenen Bevölkerung verkaufen lässt. So waren es erst einmal die Schüsse auf dem Maidan, die dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch angelastet wurden. Dann kam der Flugzeugabsturz der malaysischen Verkehrsmaschine, für den sofort die Separatisten und Putin verantwortlich gemacht wurden. Schließlich lieferte man „Beweise“ für eine „Invasion“ Russlands in der Ostukraine, inklusive Satellitenbilder! In allen Fällen waren die amerikanischen Vorwürfe nicht bewiesen, wurden aber dennoch sofort und wirksam zur Rechtfertigung politischer und militärischer Maßnahmen des Westens genutzt.

33. Inzwischen spricht vieles dafür, dass die tödlichen Maidan-Schüsse nicht von Janukowitsch-Polizisten, sondern von proamerikanischen Rechtsradikalen abgegeben wurden, und was den Abschuss der MH 17 betrifft: Die Kiewer Regierung war und ist zuständig für die Luftraum-Kontrolle der gesamten Ukraine. Warum ließ sie zivile Verkehrsmaschinen über dem Kriegsgebiet fliegen? Sollten diese als Schutzschirm für die eigenen Militärmaschinen dienen, die man gegen die ostukrainische Bevölkerung einsetzte? Oder wollte man die zivilen Flugzeuge gar als Lockvogel für einen Abschuss durch Separatisten nutzen, den man dann entsprechend propagandistisch ausschlachten wollte? Nach wie vor besteht auch die Möglichkeit eines Abschusses der MH 17 durch einen ukrainischen Suchoi-25 Abfangjäger. Aber selbst wenn ein solcher nicht nachgewiesen würde oder gar der

Abschuss durch Separatisten - in der Vorstellung, ein ukrainisches Militärflugzeug abzuschießen - stattgefunden hätte: Die Kiewer Regierung trüge in jedem Fall die Hauptverantwortung, weil sie in völkerrechtswidriger Weise ihre Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung einsetzt und den ostukrainischen Luftraum nicht für den zivilen Flugverkehr sperrt!

34. Um davon abzulenken, zaubert man jetzt Beweise für eine russische „Invasion“ in der Ostukraine aus dem Hut. Wenn man das, was die Russen da machen, als „Invasion“ bezeichnet, müsste das Eingreifen der Amerikaner in Kiew schon längst als *Invasion* bezeichnet werden. Im Übrigen erinnern die vorgelegten „Beweise“ an den Auftritt des amerikanischen Außenministers Powell 2003 in der UNO. Hundertprozentige Beweise für Saddams Atomwaffen will er vorgelegt haben. Kurz danach ist er zurückgetreten, weil er sich schämte, derart vom eigenen Geheimdienst und der eigenen Regierung gelinkt worden zu sein! Auch im Hinblick auf den Giftgasangriff vom 21. 8. 2013 in Syrien, den die Amerikaner dem Präsidenten Assad anlasten, gibt es inzwischen konsistente Hinweise, dass Islamisten, die das Giftgas von türkischen Militärs bekommen haben, diesen Anschlag verübt haben! Die Geschichte der amerikanischen Außen- und Kriegspolitik seit dem Ersten Weltkrieg (Lusitania) ist voll von solchen „Ereignissen“, durch die die eigene Bevölkerung von Sinn und Notwendigkeit des Handelns der US-Regierung überzeugt werden sollte, was später immer wieder als mitunter verbrecherische Inszenierung entlarvt werden konnte.

Konsequenzen für unsere Politik

35. Aus dem bisher Dargelegten geht hervor: Ein grundsätzlicher außen- und geopolitischer Paradigmenwechsel ist angesagt, der der 1989 stattgefundenen fundamentalen Veränderung der geopolitischen Koordinaten gerecht zu werden hat. Dabei geht es im Wesentlichen darum, die US-Amerikaner als Supermacht durch neue Bündiskonstellationen zu entthronen und insbesondere ihren neuen Interventionismus in der Ukraine zurückzudrängen. Darüber hinaus sollten amerikanische Truppen und amerikanische Atomwaffen nicht weiter in Europa geduldet werden. Dies kann nur in Zusammenhang mit einer grundsätzlichen Umstrukturierung der NATO in zwei Organisationen erfolgen: eine amerikanische und eine (selbstständig!) europäische. Es gilt die Monroe-Doktrin im europäischen Sinn zu erweitern: **Amerika den Amerikanern, aber Europa den Europäern!**

36. Zu diesem Zweck ist die Kooperation mit Russland auf allen Ebenen zu verstärken, was den ökonomischen und politischen Interessen Europas entspräche. Wenn Europa aber weiter amerikanisiert wird (Kalter Krieg durch Ukraine-Konflikt, TTIP u.a.), wird sich Russland zunehmend von Europa weg in Richtung China bewegen und zum Juniorpartner der neu aufkommenden chinesischen Supermacht werden. Wenn Europa jedoch die Kooperation mit Russland verstärkt und sich von den USA emanzipiert - was den tiefsten Sinn gemeinsamer europäischer Politik ausmachen sollte - wirkt dies auch europäisierend auf Russland: **Je amerikanischer Europa, desto asiatischer Russland - je europäischer Europa, desto europäischer auch Russland!**

37. In diesem Sinn hat die deutsche Politik eine besondere Verantwortung, und die AfD sollte diese als ihre vorrangige politische Herausforderung betrachten! Bei dieser Frage geht es nicht, wie beim Euro, nur um den wirtschaftlichen Bankrott

Deutschlands. Hier geht es um **Krieg oder Frieden!** Wenn wir nicht wollen, dass es in Europa bald so aussieht wie im Nahen Osten, wo die Amerikaner in den letzten 25 Jahren „ganze Arbeit“ geleistet haben, müssen wir auf Distanz zu den USA gehen und uns verstärkt Russland zuwenden. Die derzeitige Ukraine- und Russland-Politik von EU und Deutschland aber kann fast schon als Vorbereitung eines Aggressionskrieges gegen Russland betrachtet werden.

38. Der folgende Resolutionsvorschlag sollte zunächst auf dem LPT in Kirchheim verabschiedet und von dort dem geplanten (?) BPT im Herbst vorgelegt werden. Der LPT sollte beim Bundesvorstand beantragen, den BPT im Herbst nicht nur unbedingt abzuhalten, sondern die Außenpolitik im Allgemeinen und die Ukraine-Krise im Besonderen zum Hauptthema dieses Parteitages zu machen. Nur so kann die AfD ihrer politischen Verantwortung in dieser gefährlich zugespitzten Situation gerecht werden!

39. Schon jetzt sollten Ortsgruppen und Kreisverbände der AfD vermehrt Stammtische und Infostände zu diesem Thema veranstalten. Das vorliegende Papier will hier als Argumentationsleitfaden dienen. Mittelfristig sollten auch Friedendemonstrationen geplant werden. Es wäre schlecht, wenn sich die PDS-Linke mit ihrer sowjetnostalgischen und konfus pazifistischen Linie an die Spitze einer solch neuen Friedensbewegung stellen würde - das ist unsere Aufgabe! Unsere Politik ist nicht nostalgisch rückwärtsgewandt, weder im proamerikanischen („die amerikanische Freundschaft“) noch im prosowjetischen Sinn („die alten Genossen“). Sie orientiert sich an den neuen Herausforderungen, die mit den Veränderungen von 1989 entstanden sind. Bis 1989 konnte man die USA trotz vieler Bedenken, von Hiroshima bis Vietnam - gegenüber der kommunistischen Sowjetunion als das entschieden kleinere Übel betrachten, und es war legitim und vertretbar, außenpolitisch als Bündnispartner der USA zu agieren. 1989 aber ist das Menschen verachtende System des Sowjetkommunismus zusammengekracht, und das heutige Russland, längst keine Supermacht mehr, findet sich in einem politischen und geistigen Erneuerungsprozess, der in krassem Gegensatz zur Entwicklung in den USA steht. Denn diese sind in den 25 Jahren ihrer alleinigen Supermachtposition in jeder Hinsicht heruntergekommen: vom Waterboarding über unschuldige Drohnen-tote bis hin zu 150.000 Opfern im Irak! Wer die USA weiter unterstützt, macht sich da nicht nur mitschuldig, er verletzt auch deutsche Interessen: In der Allianz mit den USA werden diese immer mehr sog. globalen Zielen geopfert, bis schließlich die totale Amerikanisierung einschließlich der Sprache nichts mehr übrig gelassen hat von unserem schönen Deutschland!

Resolutionsvorschlag zur Ukraine-Krise

1. Der aus Westukraine, Ostukraine und der russischen Halbinsel Krim 1991 gegründete Staat Ukraine hat keine staatliche Tradition, sondern war ein Kunstprodukt der sowjetischen Verwaltung. Seit Bestehen dieses Staates kam es deshalb immer wieder zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen bis hin zu sog. Farbrevolutionen.

2. Diese Unruhen haben sich nun zu einem blutigen Bürgerkrieg entwickelt. Dafür tragen die Vereinigten Staaten von Amerika die Hauptverantwortung, indem sie sich in die ukrainische Innenpolitik eingemischt und massiv in der sog. Maidan-Rebellion interveniert haben: durch ständige Präsenz führender US Politiker, durch gewaltige

finanzielle Mittel (5 Milliarden \$), durch Waffenlieferungen und schließlich durch den Einsatz von Söldnertruppen (*Blackwater*-Truppen).

3. In einer Volksabstimmung auf der Krim entschied sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für den Anschluss an Russland. Sicherlich wurde damit formalrechtlich gegen die ukrainische Verfassung verstoßen. Diese wurde aber zuvor schon durch den Staatsstreich in Kiew gebrochen, so dass der illegale Ablauf des Krim-Anschlusses an Russland als unmittelbare Reaktion der Krim-Bevölkerung auf die illegale Machtergreifung in Kiew gesehen werden muss. Dieser Zusammenhang ist für die rechtliche Beurteilung des Geschehens unabdingbar.

4. Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis. Kein NATO-Land wurde von Russland bedroht oder gar angegriffen. Dennoch macht die NATO de facto mobil gegen Russland: Manöver der US-Marine mit der ukrainischen Marine im Schwarzen Meer; im Frühjahr 2015 dann ein großes NATO-Manöver in der Westukraine usw. Die sog. Osterweiterung der NATO bedeutet letztlich eine aggressive Geopolitik der USA gegen den Rivalen Russland.

5. In Europa sind Balten und Polen die propagandistischen Hilfstruppen dieser kriegstreiberischen Politik, und Deutschland und andere lassen sich von den USA in eine Sanktionen-Politik hineinmanövrieren, die nicht nur Russland, sondern auch Deutschland schwer schädigt. Schon gibt es auch bei uns erste Zeichen einer wirtschaftlichen Rückentwicklung: Leiden für die USA?

6. Durch die westliche Intervention ist die Ukraine innerlich inzwischen so zerrissen, dass sie ihre Funktion als Brückenstaat längerfristig nicht mehr ausüben kann. Derzeit erscheint nur noch die Teilung des Landes als politische Lösung möglich, wofür die EU selbst mit der Abspaltung des Kosovo von Serbien ein Modell geschaffen hat. Die Bevölkerung der Ostukraine muss sich in einer Abstimmung entscheiden können, ob sie vollständige Autonomie oder ob und unter welchen Bedingungen sie im Staatenverbund mit Kiew verbleiben will.

7. Angesichts einer US-amerikanischen Politik, die ständig einen Keil zwischen Russland und Europa treibt, um davon wirtschaftlich und politisch zu profitieren, sollten wir grundsätzlicher über die Präsenz der USA in Europa nachdenken. Auch würde ein Freihandelsabkommen mit Russland unseren wirtschaftlichen und auch politischen Interessen weit mehr entsprechen als das geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA.

In Sorge um Frieden und Wohlstand in Europa halten wir deshalb folgende politische Maßnahmen für notwendig und sinnvoll:

- keinerlei finanzielle Unterstützung des Kiewer Regimes;
- keine Aufnahme der Ukraine in NATO oder EU;
- eine Abstimmung in der Ostukraine unter der Schirmherrschaft der OSZE über eine mögliche Autonomie der Region (z.B. nach dem Kosovo-Modell);
- keine NATO-Manöver in Osteuropa;
- falls diese doch stattfinden: keine deutsche Beteiligung daran;
- keine Sanktionen und keinen Wirtschaftskrieg gegen Russland;
- kein Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA,
- dafür ein Freihandelsabkommen mit Russland und
- Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Deutschland inklusive ihrer in der Eifel gelagerten Atomwaffen.